

Pressemitteilung von „DIE LINKE“ im Kreistag des Landkreises Schweinfurt 30. Juli 2010

Klaus Schröder, Angelika Strobel und Wolfgang Gutgesell

Die Vorgänge in der Sitzung des Kreistags am 19. Juli 2010, zeigt für uns „DIE LINKE“, dass seitens der Leitung eine Diskussion auf „Augenhöhe“ verhindert werden soll. Herr Leitherer zusammen mit seiner „CSU-Mehrheitsfraktion“ (nur 1 Stimme – bei einem Wahlergebnis von 49,4%) ignorieren einfach den Informationsanspruch der Oppositionsparteien. Dies sind für uns als neue Kreistagsmitglieder die Erkenntnisse aus gut zwei Jahren, mit lediglich neun Sitzungen. Eine Einbindung des gesamten Kreistags ist nicht gewünscht!

Wir machen dies an folgenden Punkten fest:

1. Lediglich 3 – 4 Sitzungen im Jahr des gesamten Kreistags. Ansonsten fast nur Sitzungen des Kreisausschusses oder Delegation von Verantwortung an die Verwaltung.
2. Die Tagesordnungen der Sitzungen kommen i. d. R. knapp eine Woche vor der Sitzung. Man bekommt lediglich im Vorfeld die Beschlussvorlagen, ohne erklärende Unterlagen. Eine ordentliche Vorbereitung ist daher nicht möglich.
3. Dann wird der Kreistag mit zielgerichtenden Informationen überhäuft, damit genau die Mehrheitsentscheidung rauskommt, die vorher im „Kleinen Kreis“ (CSU) besprochen worden ist.
4. Wir werden daher zu spontanen Entscheidungen gezwungen – JA oder NEIN, denn ENTHALTUNGEN gibt es nicht!

Das dies uns die Arbeit im Kreistag erschwert ist klar.

So verwundert es auch sicherlich keinen, dass unser gemeinsamer Antrag (LINKE und Grüne) zur Erteilung eines Auftrags zur Überprüfung ob ein „Sozialpass“ im Landkreis möglich wäre, abgelehnt wurde. Die Überprüfung hat ja schon im Vorfeld stattgefunden.

Dass, es KEINE Resolution (Meinungsbild) zum Thema „Laufzeitverlängerung des AKW Grafenrheinfeld“ gibt. Mit fadenscheinigen Argumenten wurde es von der Tagesordnung genommen. Der Kreis sei nicht zuständig – Bundesangelegenheit! Aber eine offizielle Meinung kann doch der Kreistag haben – oder nicht? Der Stadtrat hat ja auch eine! Umso kurioser wird es wenn man sich der Zeitschrift „Landkreis SW“ (Ausgabe „Mai/Juni 2010), für eine Verlängerung der Laufzeit ausspricht! Diese Zeitung liegt unter anderem im Landratsamt aus und wird „in redaktioneller Zusammenarbeit mit dem Landkreis Schweinfurt“ erstellt.

Der Gipfel war die Entscheidung über die Gründung von „Service Gesellschaften“ im Kreisaltenheim Werneck und in der Geomed-Klinik in Gerolzhofen. Alles schon klagemacht, keine Unterlagen im Vorfeld! In der Sitzung dann ein „Feuerwerk“ von Gründen, warum man das machen muss.

Aber – Gesundheit ist keine Ware und für gute Arbeit, haben die Mitarbeiter/-innen auch das Recht auf eine gute Bezahlung. Einsparungen auf Kosten der Beschäftigten sind sicherlich alles andere als motivierend!

Auch der Hinweis vom Landratsamt, die Stadtwerke tun das ja auch, zeigt mal wieder: „Jedes Argument wird herangezogen“! Denn einen Sozialpass haben ja auch schon viele, warum nimmt man sich an denen kein Beispiel?

Das ist falsch! Immer wieder wurde der Wettbewerb als Argument aufgeführt. Hinter allem steckt das Hauptproblem unserer verfehlten Bundes- und Landespolitik: „Die Privatisierung von staatlichen Aufgaben“! Der Staat ist kein privater Betrieb!

Für uns als „DIE LINKE“ zeigt hier ganz besonders, dass eine verfehlte Bundespolitik in Sachen „Steigerung auf der Einnahmeseite“, durch eine Sparpolitik auf Kommunalen Ebene kompensiert werden soll bzw. muss. In Berlin Steuergeschenke für die Superreichen, vor Ort Sparmaßnahmen beim Personal, mögliche Erhöhungen von Eintrittsgeldern und Bustarifen etc.

Wir „DIE LINKE“ im Kreistag begrüßen es daher sehr, dass der DGB und Ver.di Herr Landrat Leitherer zu einem Gespräch eingeladen haben. Herr Leitherer muss diese Einladung annehmen! Allerdings sollte Herr Landrat Leitherer nicht nur reden, sondern den Vertretern von DGB und Ver.di auch Unterlagen zur Verfügung stellen, die diese Entscheidung begründen und die die Zukunftsstrategien der beiden Einrichtungen betrachten. Das ist er zumindest den Beschäftigten vom Kreisaltenheim Werneck und in der Geomed-Klinik schuldig, wenn er dies schon nicht Kreistag macht!

Und für uns gilt, dass wir uns im Herbst gemeinsam gegen die Pläne der Bundesregierung und auch auf Regionalebene wehren. Denn nur gemeinsam sind wir stark!